

THEODOR-LITT-GESELLSCHAFT
ZUR ERFORSCHUNG UND PFLEGE DER GEISTESWISSENSCHAFTLICHEN PÄDAGOGIK E. V.

Leipziger Erklärung zur politischen Bildung

Präambel

In Wahrnehmung der sich rasant verändernden gesellschaftlichen Denk- und Verhaltensformen und in Verantwortung für die Einhaltung der auf Grund spezifischer historischer Erfahrungen entstandenen¹ freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bedarf es einer Präzisierung des Grundverständnisses und der Gestaltungsformen der politischen Bildung als konstitutive Aufgabe der verantwortlichen Bildungspolitiker², Pädagogen und Erzieher.

Der langjährige Streit um die Aufgaben der politischen Bildung konnte im Jahr 1976 durch den „Beutelsbacher Konsens“³ beendet werden. Damit wurde klargestellt,

- dass es nicht erlaubt ist, den Schüler – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der "Gewinnung eines selbständigen Urteils" zu hindern;
- dass Kontroversen in Wissenschaft und Politik auch im Unterricht kontrovers erscheinen müssen;
- dass junge Menschen lernen müssen, die eigene Interessenlage zu analysieren.

Das entspricht dem, was Theodor Litt den Pädagogen bereits im Jahr 1927 zur Pflicht gemacht hatte:

„In verantwortungsbewusstem Führen niemals das Recht vergessen, das dem aus eigenem Grunde wachsenden Leben zusteht – in ehrfürchtig-geduldigem Wachsenlassen niemals die Pflicht vergessen, in der der Sinn erzieherischen Tuns sich gründet – das ist der pädagogischen Weisheit letzter Schluss.“⁴

Angesichts erkennbarer Defizite der einheimischen Bevölkerung beim Verständnis und bei der Akzeptanz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie der Zuwanderung vor allem jüngerer Menschen, die aus anderen Kulturkreisen in die Bundesrepublik Deutschland kommen und sich hier niederlassen wollen, braucht die politische Bildung hinsichtlich ihrer Aufgaben und Ziele aber eine dringend gebotene Vertiefung und Erweiterung.

¹ In blauer Schrift wiedergegebene Formulierungen sind Ergänzungen gegenüber dem beim XX. Theodor-Litt-Symposium diskutierten Entwurf.

² Da die konsequente Benennung beider Geschlechter schwerfällig und schlecht lesbar erscheint, wird darauf hingewiesen, dass in diesem Text grammatikalisch männliche Formulierungen die weibliche Form einbeziehen.

³ Vgl. Hans-Georg Wehling, in: Siegfried Schiele/Herbert Schneider (Hrsg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung, Stuttgart 1977, S.179 f.

⁴ Theodor Litt: Führen oder Wachsenlassen, Leipzig und Berlin 1927, S.100

Grundsätze

In unserem Land leben Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen, Religionen und Nationalitäten. Die ethnische und kulturelle Vielfalt innerhalb Deutschlands nimmt zu. Diese Tatsache trifft bei einem Teil unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger auf Kritik. Deren Ausdrucksformen reichen von passiver Ablehnung bis zu gewalttätigen Exzessen. In ihnen zeigt sich die Furcht vor dem Fremden und Unbekannten.

Voraussetzung für die Erhaltung der freiheitlichen rechtsstaatlichen Demokratie ist der Verzicht auf die Absicht „endgültiger“ Konfliktbeseitigung. Das besagt, dass unterschiedliche Auffassungen ihre Berechtigung haben, und dass es zwar erlaubt ist, für sie zu werben, nicht aber mit Hilfe staatlicher oder gesellschaftlicher Machtmittel eine uniformierte Meinung aller Bürgerinnen und Bürger herbeiführen zu wollen.

Friedliches Zusammenleben in einem demokratisch verfassten Land setzt unverzichtbare, für alle Bürgerinnen und Bürger – Einheimische und Zugewanderte – gemeinsam verpflichtende Grundsätze voraus, die folgendermaßen beschrieben werden können:

- Das Prinzip der Freiheitlichkeit besagt, dass es Grundrechte gibt, die von niemandem – auch nicht vom Gesetzgeber – beseitigt werden dürfen. Dass dies besonders für religiöse Auffassungen gilt, liegt auf der Hand. Aber es gilt auch und vor allem für das Recht der Bürgerinnen und Bürger, ihre Meinung frei äußern und verbreiten zu können.
- Das Prinzip der Demokratie besagt, dass – mit Ausnahme der Fragen, die das Prinzip der Freiheitlichkeit betreffen – prinzipiell die Mehrheit entscheidet und bestimmt, wer regiert sowie die Gesetze erlässt. Dabei ist mit Minderheiten respektvoll umzugehen.
- Das Prinzip der Gewaltenteilung besagt, dass es kein Monopol irgendeiner Stelle zur Entscheidung der staatlichen Aufgaben in Gesetzgebung, staatlicher Verwaltung und Rechtsprechung gibt. Ebenso wichtig ist, dass das Bundesgebiet sich in Länder gliedert, und dass Gemeinden und Städte, ebenso wie die Universitäten und die Sozialkörperschaften das Recht der Selbstverwaltung besitzen.
- Das Prinzip des staatlichen Gewaltmonopols besagt, dass die Drohung oder Anwendung von physischer Gewalt allein staatlichen Stellen zusteht, die sich an Gesetz und Recht halten müssen, und die bei Fehlverhalten zur Rechenschaft zu ziehen sind.
- Das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit besagt, dass alle Bürgerinnen und Bürger vor dem Gesetz gleich sind, d. h. dass sie alle gleiche Rechte und Pflichten haben. Dies schließt die Gleichberechtigung der Geschlechter ein. Es gehört dazu, dass es in unserem Land weder eine Privatjustiz oder Privatpolizei noch rechtsfreie Räume geben darf.
- Das Prinzip der Solidarität besagt, dass die Stärkeren verpflichtet sind, denjenigen beizustehen, die nicht in der Lage sind, für sich selbst zu sorgen.

Die politische Bildung findet ihre Maßstäbe vor allem in der Menschenwürde und in den Grundwerten des Grundgesetzes,

Aufgaben

Diese Grundsätze zu vermitteln, beschreibt die wesentlichen Aufgaben der politischen Bildung. Das bedeutet:

- Die friedliche Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Auffassungen muss theoretisch und praktisch erlernt werden, damit demokratische Streitkultur als Teil der politischen Kultur gefördert wird.
- Diese Konfliktfähigkeit bedeutet die Achtung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung⁵ und den Erwerb notwendiger Kenntnisse.
- Aus der Begegnung mit dem Anderen muss die Fähigkeit zur Behauptung und zur Veränderung eigener Positionen erworben werden.

Vermittlung

Eine Gesellschaft, die sich zu einer pluralen und vielfältigen verändert, bietet neue Möglichkeiten für eine erweiterte und vertiefte Entwicklung unserer gemeinsamen gesellschaftlichen Ordnung.

- Hierzu gehört vor allem die umfassende Einübung von Toleranz und Verständnis für andere Auffassungen, aber Widerspruch, wenn sie demokratischen Prinzipien nicht entsprechen.
- Begegnungen mit anderen Kulturen bewirken neue Einsichten. Schüler unterschiedlicher sozialer, ethnischer, religiöser und weltanschaulicher Prägung dürfen daher nicht voneinander abgeschottet werden, denn diese Begegnungen sind wichtige Voraussetzungen für den interkulturellen Dialog mit dem Ziel, eigene Sichtweisen und Standpunkte mit den Positionen anders sozialisierter Mitmenschen auszutauschen, gemeinsam abzuklären und unter Umständen zu umstreiten.
- Es ist erforderlich, Methoden für die völlig unübersichtlich gewordene Informationsflut zu erlernen, mit deren Hilfe sich der Einzelne sowohl verlässlich orientieren als auch eigenständig zu klaren Standpunkten und Konsequenzen im Zusammenhang neuer Entwicklungen gelangen kann.
- Schließlich muss durch die politische Bildung das demokratische politische Engagement gefördert und die dazu unerlässliche Handlungsfähigkeit eingeübt werden.

Den Herausforderungen der sich so entwickelnden Gesellschaft kann nur dann adäquat entsprochen werden, wenn sie in den gesellschaftlichen Bildungsprozessen berücksichtigt werden und das Angebot politischer Bildung im schulischen wie im außerschulischen Bereich erheblich ausgeweitet wird.

⁵ Nach der Definition des Bundesverfassungsgerichts im Urteil vom 23. Oktober 1952, Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, Band 2, S. 1 ff.